

© Neue Zürcher Zeitung; 03.07.2013; Ausgaben-



Nr. 151; Seite 11

Faksimile

Schweiz (il)

Konstant in politischer Verantwortung

Der freisinnige Altbundesrat Rudolf Friedrich wird 90-jährig

Christoph Wehrli (CW)

Er steht für ein staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein alter Schule – und er drängt aussen- und europapolitisch ganz unkonservativ nach vorne: Rudolf Friedrich, Bundesrat von 1982 bis 1984, wird 90-jährig.

Christoph Wehrli

Freundlich empfängt er uns in Winterthur zum Gespräch. Vor seinem 90. Geburtstag, den er am Donnerstag feiern kann, schränken Herzbeschwerden manchmal seine Aktivität ein, doch sein inneres politisches Engagement ist ungebrochen. Altersmilde zeigt Rudolf Friedrich jedenfalls keine, wenn er die aussenpolitische Lage der Schweiz und die Haltung ihrer Führung kommentiert. «Man spielt den Igel und wartet ab», sagt er und betont den seltsamen Gegensatz zu einer Exportwirtschaft, die sich immer wieder dem Umfeld anzupassen versteht und neue Möglichkeiten findet. Er ist allerdings so streng sachlich, dass man seine bei ehemaligen Bundesratsmitgliedern ungewöhnliche Direktheit nur in der Linie seines jahrzehntelangen Einsatzes für das Gemeinwesen sehen kann.

Überfrachteter Staat

Friedrichs Mut, gewisse überkommene nationalstaatliche Kategorien infrage zu stellen, kontrastiert unübersehbar mit dem gegenwärtigen Verhalten seiner Partei. An seiner Treue zur FDP lässt er aber keinen Zweifel aufkommen. Nach dem Abschluss der Offiziersschule, vor Ende des Zweiten Weltkriegs, sei er der damaligen Freisinnigen Partei beigetreten, hält er fest. Als Sekretär von deren lokaler Sektion begann der selbständige Rechtsanwalt 1957 seine politische Laufbahn, die über den Winterthurer Gemeinderat und den Zürcher Kantonsrat 1975 in den Nationalrat und 1982 in den Bundesrat führte.

Seine liberale Überzeugung hatte er durch die Lektüre von Autoren wie Wilhelm Röpke gestärkt, der etwa in seiner «Civitas humana» dartut, dass der Mensch nicht nur ein ökonomisches Wesen ist. Eine Ausweitung des Themenspektrums über das Wirtschaftliche hinaus habe damals den Aufstieg des Freisinns in Winterthur eingeleitet, sagt Friedrich, und er blickt nicht ohne Wehmut auf die späten 1970er Jahre zurück, als die zürcherische FDP 51 Mitglieder des Kantonsrats und 9 des Nationalrats stellte (heute sind es in Bern 4).

Die gegenwärtige politische Lage der Liberalen erklärt er mit dem Zeitgeist. Die Idee von Freiheit und Selbstverantwortung habe es nicht nur in der Schweiz schwer. Der Staat gelte vor allem als Leistungserbringer, in Wahlkämpfen machten die Kandidaten denn auch Versprechen, die über das finanziell Mögliche hinauszugehen und letztlich den Sozialstaat zu zerstören drohten. Einen Ausdruck mangelnder Selbstverantwortung sieht Friedrich durchaus auch in

extremen Managerlöhnen – «eine Katastrophe für den liberalen Staat».

Widerlegtes Klischee

Friedrich ragte seinerzeit im Nationalrat vor allem als Verfechter einer starken Landesverteidigung heraus und wurde so auch zu einem Feindbild mancher Linker. Als Chef des Justiz- und Polizeidepartements hatte er dann nicht zuletzt das von rechts bekämpfte neue Eherecht zu vertreten, was der Unverheiratete mit Elan und Erfolg absolvierte. Die damals relativ neuen, auch menschlich belastenden Probleme der Asylpolitik liessen ihn nicht unberührt. Im Interesse einer nachhaltigen Offenheit für politische Flüchtlinge schloss Friedrich die erste Gesetzesrevision ab und leitete eine weitere Straffung des Verfahrens ein. Zu seinen vielen weiteren Dossiers gehörte auch die Regelung des Grundstückverkaufs an Ausländer, deren Verschärfung damals zur Verwerfung einer Volksinitiative beitrug.

Überraschend trat Rudolf Friedrich schon nach knapp zwei Jahren aus der Landesregierung zurück, da er unter gesundheitlichen Problemen litt, mit denen er die Erfüllung seiner Aufgabe für unvereinbar hielt. Aus der Politik zog er sich damit nicht zurück. Im bald folgenden Abstimmungskampf um den Uno-Beitritt präsierte er das befürwortende Komitee und plädierte in unzähligen Vorträgen und Diskussionen für eine aktive Präsenz der Schweiz.

In der Uno-Abstimmung im März 1986 setzte sich noch (mit einer Nein-Mehrheit von drei Vierteln) die alte Vorstellung von Neutralität durch. Spätestens 1989, nach dem Ende des kommunistischen Blocks in Europa, hätte es jedoch klar werden müssen, dass sich die wichtigsten Probleme in einer verflochtenen Welt nur international lösen lassen, sagt Friedrich. «Die Schweiz hat jene grundlegende Wende noch nicht verinnerlicht.»

Man versuche, unangenehme Probleme auszusitzen, und reagiere erst unter hohem Druck – so bei den nachrichtenlosen Vermögen in den neunziger Jahren, bei der UBS und dem automatischen Informationsaustausch in jüngster Zeit. «In der schweizerischen Aussenpolitik wird selten geschoben, aber viel verschoben.» Das Resultat fehlender Weitsicht: Streitigkeiten mit Staaten, die eigentlich unsere Freunde wären. Immerhin gebe es auch Lichtpunkte wie die Mitwirkung in der Uno, für die sich das Land 2002 knapp doch noch entschied.

EU-Markt nach EU-Regeln

In der Europapolitik begrüsst Friedrich sehr die Bereitschaft zu einer Regelung institutioneller Fragen, wie sie Bundesrat Didier Burkhalter kürzlich skizziert hat. Wer irgendwo mitmache – wie eben im gemeinsamen Markt –, müsse die dort geltenden Regeln akzeptieren. Auch ein Beitritt zur EU wäre keineswegs eine Schreckvorstellung für den 1923 Geborenen, der den Beitrag der Union zum Frieden zu würdigen weiss. Ein zweiter Anlauf zum Europäischen Wirtschaftsraum sei allerdings heute wohl realistischer.

Gleichzeitig warnt der Sicherheitspolitiker in Rudolf Friedrich vor einer Verdrängung militärischer Gefahren – Entwicklung der Raketentechnik, Aufrüstung Russlands, Implikationen der Nahostkonflikte. Er kritisiert den Mangel an einer strategisch ausgerichteten Verteidigungspolitik und tritt für eine Kooperation zumindest mit den Nachbarn ein. «Die Neutralität ist heute eher ein Instrument der Unsicherheit.»

Rudolf Friedrich äussert sich klar, ja scharf, aber nicht bitter. Er sei dankbar, in der Schweiz zu leben, und das Land habe seine internen Probleme immer schlecht und recht gelöst. Dafür brauche es den Einsatz derer, die dazu in der Lage seien, sagt er und bedauert die mangelnde

Verfügbarkeit guter Köpfe der Wirtschaft. – Ist denn der Dienst am Gemeinwesen auch dankbar? Die Antwort ist nicht mehr und nicht weniger als: «Ja.» Aber es gebe neben der Politik noch anderes, was ihm wichtig sei: die Beschäftigung mit der Geschichte, mit Astrophysik, mit Philosophie und Religion. Dafür, sagt er mit schwer zu übertreffender Nüchternheit und auch mit etwas Milde, habe er jetzt mehr Zeit.

Rudolf Friedrichs inneres politisches Engagement ist ungebrochen.

Karin Hofer / NZZ